

PRESSEMITTEILUNG

Stralsund, 05.06.2023

LNG-Terminal auf Rügen: Mit leeren Versprechungen werden die Bürger verschaukelt

Der FDP-Kreisverband Stralsund verstärkt sein Engagement gegen das geplante LNG-Terminal auf der Insel Rügen.

„In einer Hauruckaktion sollen hier im Nordosten unumkehrbare Fakten geschaffen werden“, so Thoralf Pieper, FDP-Kreisvorsitzender der Hansestadt. „Noch immer gibt es keine aussagekräftigen Studien über die angeblichen Gas-Engpässe. Stattdessen werden wir mit zurechtgedrehten Bedarfsberechnungen getäuscht. Nur zu gerne lassen sich einige Lokal- und Landespolitiker von Versprechungen und falschen Darstellungen blenden. Pieper spielt dabei auf die Veranstaltung im Mai in Sassnitz an. „Wieder einmal wird uns Bürgerbeteiligung vorgegaukelt, obwohl das Bundeswirtschaftsministerium nicht das geringste Interesse hat, seine Pläne noch einmal zu überdenken. Stattdessen werden die Bewohner der Insel mit den immer gleichen haarsträubenden Argumenten verschaukelt“, so Pieper. „Wir brauchen daher eine breite Front gegen die überdimensionierte Ansiedlung mitten im Urlaubsgebiet!“

Der FDP ist eine nüchterne und klare Beurteilung wichtig und die spricht keinesfalls für den LNG-Standort Mukran.

Fakt ist: Das Terminal schafft keine Arbeitsplätze! Dazu reicht ein Blick aufs Festland. Im Umfeld des bisherigen LNG-Terminals in Lubmin ist kein einziger Industriearbeitsplatz neu entstanden. Und selbst bei der Betreiberfirma ist die Mitarbeiterzahl kaum der Rede wert. „Die Beschäftigung am LNG-Standort Lubmin liegt auf dem Niveau einer größeren Pommes-Bude“, scherzt Thoralf Pieper. „Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, welche positiven Effekte die LNG-Ansiedlung hier bringen soll. Auf jeden Fall ist das nicht der Job-Motor, den sich einige Politiker versprechen.“

Der FDP-Kreisvorsitzende macht noch auf einen anderen Punkt aufmerksam: Mit der Verlagerung nach Mukran verdoppelt die Betreiberfirma auch die Schiffs-Kapazitäten, denn anders als in Lubmin werden in der Binzer Bucht zukünftig gleich zwei LNG-Stationen liegen. Für die Insel bedeutet dies gleich doppelt so viel Umweltbelastung und Lärm.

„Ich kann verstehen, dass das Versprechen von Industrieansiedlungen, gerade in einer so strukturschwachen Region wie Vorpommern, toll anhört. Und natürlich brauchen wir Arbeitsplätze, die gut bezahlt sind und unabhängig von der Tourismussaison funktionieren. Doch dafür braucht es kluge Investitions- und Standortentscheidungen und keine subventionierten Ansiedlungen auf Anweisung eines Ministeriums“, so Thoralf Pieper. „Die fossile Energiewirtschaft ist keine Zukunftsbranche! Bundesregierung und EU haben sie selbst zum Auslaufmodell erklärt.“

Besonders fatal: Auch der Umstieg auf Wasserstofftechnologien ist in den Gesetzestexten nur vage formuliert und nicht fest vereinbart. „So wie es jetzt aussieht, werden die Menschen in Vorpommern komplett verschaukelt: Sie opfern ihre Region für das Missmanagement des Wirtschaftsministeriums.“ Der FDP-Kreisverband Stralsund ruft daher zu einem gemeinsamen Engagement gegen das geplante LNG-Terminal auf.